

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Abonnementspreis für den Bezugszeitraum
Volljährig für Angehörige aus Aue und
Umgebung 20.00 Mark, auswärts
Angehörige 22.00 Mark, Resten-Peile
24.00 Mark. Bei größeren Ab-
nahmen auf besonderen Abmach.

Abonnementspreis für den Bezugszeitraum
Volljährig für Angehörige aus Aue und
Umgebung 20.00 Mark, auswärts
Angehörige 22.00 Mark, Resten-Peile
24.00 Mark. Bei größeren Ab-
nahmen auf besonderen Abmach.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Postfach-Nr. 101, Aue, Leipzig Nr. 1900

Nr. 287

Montag, den 11. Dezember 1922

17. Jahrgang

Politische Wochenschau.

Vom Oberbürgermeister Dr. Ailly, M. d. R.

Wenn dem deutschen Volke und der Welt durch Konferenzen, Besprechungen und Programme geholfen werden könnte, dann müßten schon längst wieder paradiesische Zustände in Deutschland und auf der Erde herrschen. In Wirklichkeit will das politische und wirtschaftliche Elend noch immer kein Ende nehmen. In Lausanne bemühen sich nach wie vor die Diplomaten, und solche, die es zu sein meinen, mit denkbar geringstem Erfolg, die Probleme des nahen Ostens zu entwirren. Ritten in diese Sisyphusarbeit hinein erstrecken sich die Anläufe einer zweiten Konferenz in Brüssel. Keine der beteiligten Mächte getraut sich so recht an diese Konferenz heran, weil man intuitiv das richtige Gefühl hat, daß man nun endlich einmal seine Karten offen auf den Tisch legen muß, eine Notwendigkeit, die vor allem für Frankreich mit starkem Unbehagen verbunden ist. So redet man seit Tagen um die Vorbedingungen für die Brüsseler Konferenz herum. So viel läßt sich jedenfalls mit einiger Sicherheit erkennen, daß weder die britische noch die belgische Regierung Reue verspüren, die Konferenz zu beschließen, wenn nicht Frankreich vorher seine Absichten gegenüber Deutschland klar erkennen läßt. Diese Absichten für Deutschland nur wenig Erfreuliches bedeuten müssen, liegt auf der Hand. Wohl hat der neue französische Botschafter bei seinem vor einigen Tagen erfolgten Amtsantritt erklärt, daß Frankreich erfüllt sei von starkem „Sinn für Maß und Wahrheit“. Der neue Herr in der französischen Botschaft hat offenbar beim Ausbruch dieses Satzes nicht an die jüngste französische Note gedacht, in der in vollkommen sinniger und jedes Maß übersteigender Weise Sühne verlangt wird für Kadavere, die vor einigen Wochen gegen strahlendste Städte der Entente von törichten Menschen in einigen deutschen Städten verstreut worden sind. Die Note ist von der klar erkennbaren Absicht diktiert, nicht nur eine schwere Demütigung für die beteiligten Städte, sondern für das ganze deutsche Volk herbeizuführen. Kennzeichnend dabei ist, daß diese Note zwar von Poincaré verfaßt und genehmigt, aber auch von England durchaus gebilligt worden ist. Man hat also auch in England kein psychologisch verständnis dafür, daß die völlig überflüssige Tätigkeit der Kontrollkommission ebenso wie die fortgesetzten Bedrückungen Deutschlands in den besetzten Gebieten mit Notwendigkeit eine Stimmung erzeugen müssen, die zu Entladungen drängt. Was am Haß und Groll in den Rheinländern aufgeschichtet liegt, läßt sich in Worten nicht ausdrücken.

Zu den Konferenzen auf außenpolitischem Gebiete gesellen sich neuerdings immer häufiger auch solche des innerpolitischen Lebens. So hat in der letzten Woche unter dem neuen Reichskanzler eine Konferenz der Ministerpräsidenten sämtlicher deutscher Länder stattgefunden. Es ist gewiß nützlich und gut, wenn der neue Reichskanzler möglichst bald nach seinem Antritt unmittelbare dienstliche und persönliche Beziehungen mit den Regierungschefs der deutschen Gliedstaaten nimmt, aber es dürfte sich doch empfehlen, bei den weiteren Besprechungen, die folgen sollen, die Öffentlichkeit in etwas weniger banaler Form von den Ergebnissen zu unterrichten, die dabei erzielt worden sind. Wenn in der halbamtlichen Mitteilung über die Ministerkonferenz gesagt ist, daß der Reichskanzler den einheitlichen Willen sämtlicher Vertreter festgestellt habe, in gemeinsamer Arbeit mit der Reichsregierung an der Besserung der äußeren und inneren Lage mitzuwirken und auch bei auftretenden Schwierigkeiten stets das Wohl des Ganzen zu berücksichtigen, so sind das Plattheiten, die kaum noch überboten werden können. An allgemeinen Sentimenten ist der deutsche Öffentlichkeit nichts gelegen, sie will von konkreten Maßnahmen hören und Taten sehen. Je weniger der neue Reichskanzler spricht, um so sympathischer wird seine Figur werden. Wir müssen möglichst bald wieder dahin kommen, daß es Deutschland und die Welt als eine Selbstverständlichkeit betrachtet, daß der deutsche Reichskanzler, wenn er spricht, auch wirklich etwas zu sagen hat.

Schmerzliche Erinnerungen an den Rapp-Butsch unseligen Andenkens und an die gegenrevolutionären Nachwehen brachte die letzte Woche mit der Verhaftung Ehrhardts und mit dem Prozeß gegen die Amentäter von Cassel. Es ist nur eine schwache Verwertung für das verlorene Reichsgefühl, wenn dieser selbe Vorüberlauf an Scheidemann mit zehn Jahren Zuchthaus gefolgt wird. Man hat genau so wie seither in Leipzig im Lechow-Prozeß auch hier das bedrückende Gefühl, daß die wahrhaft Schuldbigen nicht auf der Anklagebank stehen. Die Reihe der staatspolitisch bedeutsamen Prozesse wird nach der nun erfolgten Verhaftung Ehrhardts demnächst um einen weiteren bereichert werden. Es muß für Bayern kein angenehmes Gefühl sein, jetzt festgestellt zu sehen, daß der schon 17 Jahren mit Haftbefehl und Steckbrief verfolgte Ehrhardt sich völlig ungeniert und im Gefühl absoluter Sicherheit in Bayern aufgehalten hat. Es werden auch sonst manche Kreise gerade dem Ehrhardt-Prozeß nur mit schwerer innerer Anstrengung entgegensehen. Vielleicht hat dies die sehr wünschenswerte Nebenwirkung, daß jetzt von München her etwas sanftere Töne angeschlagen werden als sonst. Die Forderung einer Ruhe in Höhe von 500 000 Goldmark von den Städten Ingolstadt und Passau wird sicherlich nach der gleichen Richtung wirken, man wird ohne nachlässige und taktlose Unterstützung durch das Reich von dieser ungeheuren Forderung nicht frei kommen, hier gibt keine französische Sondergesandtschaft in München, keine nationalsozialistische Partei, sondern einzig und allein das Eintreten des Reiches und der Reichsregierung für bayerische Interessen. Öffentlich stehen auch die Nationalsozialisten aus all den Vorkommnissen die sehr nahegelegende Lehre, daß man seinem Volk und Vaterland in solchen Zeiten, wie wir sie jetzt durchleben müssen, nicht durch Proklamationen und durch chauvinistische Reden helfen kann.

Aus der Rede des Reichsfinanzministers.

Aus den außerordentlich bedeutsamen Ausführungen des Reichsfinanzministers Dr. Herzog bringen wir nachstehend zu einigen besonders wichtigen Spezialfragen ausführliche Wiedergaben.

Das Passivum der Zahlungsbilanz.

Für die ersten 10 Monate des laufenden Jahres ist das Passivum der Zahlungsbilanz vom Reichsstatistischen Amt auf 1 1/4 Milliarden Goldmark berechnet worden. Um für die gleiche Zeit das Passivum der gesamten Zahlungsbilanz zu ermitteln, muß man sich vergegenwärtigen, daß wir an Barzahlungen auf Grund des Friedensvertrages im laufenden Jahre geleistet haben: 928 Millionen Goldmark, dazu kommen aus dem Recovery-Act 122 Millionen Goldmark, aus der Lieferung von Kohle 179 Millionen Goldmark, Lieferung von Tieren 70 Millionen Goldmark, von Chemikalien 14 Millionen Goldmark, an Ausgleichszahlungen 177 Millionen Goldmark. — Aber auch mit der Aufzählung dieser Posten ist die passive Seite der Zahlungsbilanz noch nicht erschöpft. Hinzukommen die Rückzahlungen von Schulden und die Verzinsung von Schulden, ferner die Summen, die auf dem Wege der Kapitalflucht nach dem Ausland gegangen sind, und schließlich die Frachten, die wir für auf fremden Schiffen expedierte Güter zu zahlen haben.

Als Aktivum stehen dem gegenüber die Beträge, die uns aus dem Fremdenverkehr zufließen, die zwar die Zahlungsbilanz beeinflussen, aber wirtschaftlich nur zu einem Teil als Vorteil anzusehen sind, weil der Verbrauch der Fremden an deutschen Gütern im allgemeinen auf zu niedrigem Preisniveau erfolgt. In der ausländischen Presse ist seinerzeit nach Erledigung der Angelegenheit der belgischen Schatzwechsel angeklagt worden, daß nachher wieder ansteigenden Dollarkurses davon gesprochen worden, daß die mit der Regelung der belgischen Frage erfolgte Atempause nicht zu einer Beruhigung der Markt geführt habe, und man hat hieraus die Notwendigkeit gefolgert, daß Deutschland selbst die Besserung seiner Währung in die Hand nehmen müsse. Diese Auffassung enthält eine verhängnisvolle Verkennung der wirklichen Sachlage. Gewiß ist es richtig, daß wir seit dem August keine direkten Reparationszahlungen geleistet haben, aber es muß hierbei mit allem Nachdruck hervorgehoben werden, daß von einer wirklichen Atempause bei dieser Regelung keine Rede sein konnte, und daß die Erledigung des belgischen Vorschlags durchaus nicht ohne Belastung Deutschlands erfolgt ist. Es ist uns die Verpflichtung für den kleinen Rest des Jahres 1922 (5 Monate) nicht etwa erlassen worden, sondern wir haben für das Moratorium Gegenleistungen übernehmen müssen. Aber was viel schwerwiegender ist, ist die Tatsache, daß die vorübergehende Einstellung der Zahlungen für eine kleine Zeit durchaus nicht von ausschlaggebender Bedeutung ist. Geblieben ist die völlige Unsicherheit über die kommenden Vapen, geblieben ist die völlige Unklarheit über das, was schon die aller nächste Zukunft, d. h. der Beginn des Jahres 1923, auf dem Gebiete der Reparationsverpflichtungen bringen soll. Und gerade die Fortdauer dieser starken Unsicherheit, die nicht gemildert worden ist durch manche Auslassungen von amtlicher Stelle des Auslandes, gerade diese Unsicherheit ist es gewesen und ist es nach wie vor, die wie ein schwerer Druck auf Deutschland und Europa lastet, und die zu einer zunehmenden Flucht aus der Mark im Auslande und im Inlande geführt hat. Während das Ausland selber große Beträge in Papiermark ausgegeben hatte, ist es mehr und mehr dazu übergegangen diese wieder abzustufen. Welche Kreise der inländischen Bevölkerung suchten anstelle ihrer Markwerte wertbeständige Objekte zu erwerben, sei es, daß Waren gekauft, sei es, daß Devisen erworben wurden. Hierdurch verschärfte sich die unkluge Einstellung auf den Kurs der Mark noch mehr.

Die Reparationsdarlehenszahlungen.

Für Reparationsdarlehenszahlungen einschließlich der auf 125 Millionen Goldmark laufenden Schatzwechsel zugunsten der belgischen Regierung müssen 298 Milliarden Papiermark in den Etat eingestellt werden, jedoch zusätzlich der für Sachleistungen erforderlichen Betrages 404,4 Milliarden eingesetzt werden müssen. Das bedeutet 350 bis 360 Milliarden Mark nominell mehr, als zur Erfüllung der im Londoner Ultimatum festgesetzten Reparationsforderungen von 8 Milliarden Goldmark damals, d. h. im Mai 1921, notwendig gewesen wären. Insgesamt müssen in den Haushalten zur Ausfüllung des Friedens-

vertrages 618 1/2 Milliarden gegen 210 Milliarden im Hauptetat eingesetzt werden: Darunter befindet sich allein für die Besatzungskosten der außerordentlich hohe Betrag von 25 Millionen Mark.

Die Stabilisierung der Mark.

Es ist klar, daß es in erster Linie die Pflicht Deutschlands selbst ist, alles zu tun, was zu einer Stabilisierung der Mark führen kann. Es gibt für die Reichsregierung keine wichtigere und dringendere Aufgabe, als die Hebung und Stabilisierung der Mark. Alle Kräfte des Inlandes müssen angepannt werden, um die Erfüllung derjenigen Voraussetzungen für die Stabilisierung zu erreichen, die nicht nur wir, sondern auch die Wirtschaftskreise des Auslandes für unerlässlich erachten. Weiter ist äußerste Sparsamkeit im Verbrauch von Gütern und äußerste Sparsamkeit bei der Gestaltung der öffentlichen Ausgaben notwendig. Wir kommen aber nicht ohne eine Hilfe des Auslandes zu dem erstrebten Ziel, und diese Hilfe muß insbesondere darin bestehen, das verloren gegangene Vertrauen auf eine Besserung der Verhältnisse wieder herzustellen. Andererseits wird die Mitwirkung des Auslandes selbst erst dann erreichbar, wenn eine gewisse Sicherheit für die Gesundung der Verhältnisse in Deutschland gegeben wird. Man hat im Auslande noch Vertrauen — und mit Recht — zu dem Arbeitswillen und der Arbeitskraft der deutschen Bevölkerung. Aber man steht wegen ungestörter Entfaltung seit Jahren durch äußere Einflüsse gehemmt, und erst wenn man weiß, daß Deutschland für eine Reihe von Jahren eine ungestörte Entwicklung ermöglicht wird, wenn man von einer weiteren Entziehung von Kräften bis zur genügenden Ansammlung neuer Kräfte abgesehen wird, erst dann ist auf die Mitwirkung des Auslandes bei einer Stabilisierungsaktion zu rechnen. Nach Pressemitteilungen hat der französische Universitätsprofessor Gaston Joso in einer Artikelserie im Journal des Finances sich mit Recht dahin geäußert, daß die Stabilisierung der Mark das wichtigste Problem der Gegenwart sei. Er führt dann weiter aus, daß in Deutschland jeder Handel, jede Wirtschaft, jeder Wohlstand so lange unmöglich sei, als die Mark unberechenbare Sprünge macht. Das Budget könne nicht in Ordnung gebracht werden, die Ausgaben wärsen ins Ungeheure, während die Einnahmen in Papiermark nur imaginäre Werte darstellten.

Aus diesem Verhältnis folge, daß Deutschland an Frankreich keine Zahlungen leisten könne, weder in Gold noch in Sachleistungen, solange das Reich nur Papiermark zur Verfügung habe.

Die Mitwirkung des Auslandes muß bald kommen. Es ist uns oft von der Gegenseite der Vorwurf gemacht worden, daß Deutschland nicht genug aktiv gewesen sei in selbstständigen Vorschlägen zur Regelung der Reparationsfragen. Die Gerechtigkeit aber erfordert darauf hinzuweisen, wie oft deutsche Vorschläge mündlicher und schriftlicher Art seitens der Gegenseite kaum Beachtung gefunden haben und wie langwierige Verhandlungen und wie lange Zeiträume erforderlich waren, um Beschlüsse der Gegenseite herbeizuführen. Und wenn man sich auf der Gegenseite dann endlich zu einem Beschlusse durchgerungen hatte, stand über ihm meist dgs verhängnisvolle Wort „zu spät“. Jeder Monat, der im Zeichen eines Dollarkurses steht, wie wir ihn jetzt haben, schädigt die Produktionskraft des Landes, härdet dem Haushalt ungeheuerliche Lasten auf und droht, unser Volk und Land in die schwersten Gefahren zu verwickeln. Je schneller die Hilfe einsetzt und je mehr sich schon dank des Bekanntwerdens der Hilfeleistung die Mark im Wert bessern wird, desto sicherer und nachhaltiger wird die Gesundung sein.

Wenn Deutschland auf eine Stabilisierung seiner Währung drängt und hierbei die Hilfe der ausländischen Finanzkräfte erstrebt, so tut es das in erster Linie im eigenen Interesse, aber es dient damit ebenso sehr den Interessen der übrigen Länder und ganz besonders den Interessen Frankreichs. Frühige wirtschaftliche Erhebungen müssen daher dazu führen, alles zu fördern, was die Zahlungsfähigkeit des größten Schuldners, Frankreichs, wieder herstellen kann. Gewalt und Zwangsmassnahmen bringen keine Besserung, sondern rufen sie in immer weitere Ferne und tragen daher nur dazu bei, auch den französischen Franken im Kurse immer weiter sinken zu lassen.

Die Londoner Verhandlungen.

Die erste Besprechung.

Bonar Law machte am Sonnabend vormittag Poincaré und Mussolini im Hotel einen Besuch und hatte mit ihnen eine vorläufige Besprechung. Die Konferenz der alliierten Ministerpräsidenten wurde am 11. Uhr im Londoner Hotel eröffnet.